

Editorial

Bei der Zukunft keine Sparschrauben ansetzen

Mit der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 (BFT-Botschaft) hat der Bundesrat eines der wegweisenden Projekte der Zukunft vorgelegt. Bildung und Forschung stellen nicht nur wichtige Ressourcen dar, sie sind auch zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes, für künftige Arbeitsplätze und Innovation. Bildung ist ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Bundesrat betont immer wieder die Bedeutung von Bildung und Forschung, und trotzdem will er in diesen Bereichen sparen. Das ist ein Widerspruch! Denn die Situation an mehreren Hochschulen spricht eine deutliche Sprache: schlechte Betreuungsverhältnisse, bis zu 150 Studierende, die von einer Professorin oder einem Professor betreut werden, zum Teil knappste Platzverhältnisse, fehlende Koordination zwischen einzelnen Instituten und immer mehr Studentinnen und Studenten, welche weder das Sparen noch das Einfrieren der Mittel erlauben. Mit der «Schuldenbremse» die für die Zukunft notwendigen Finanzen zu kürzen wäre wirklich allzu kurzsichtig!

Die progressiven Kräfte haben sich im Nationalrat mit knapper Mehrheit für mehr Mittel in der Bildung durchgesetzt. Für mich persönlich ist das ein positives Zeichen! Offensichtlich hat eine Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier erkannt, dass Bildung nicht nur wichtig ist, sondern dass dafür mehr Mittel notwendig sind. Die Finanzpolitik setzt die Schwerpunkte des staatlichen Handelns. Die Räte müssen beim Budget zeigen, was sie als wesentlich und prioritär einstufen. Über das klare Bekenntnis zur Bildungsbotschaft hinaus erwarte ich deshalb vom Ständerat ein Ja zur notwendigen Aufstockung der Finanzen!

*Ruth Genner, Nationalrätin
Mitglied Team Future*

■ Stärkung der Eigenverantwortung

Die Zukunft des schweizerischen Hochschulsystems

Elf Präsidenten der wichtigsten wissenschaftspolitischen Institutionen wollen die Eigenverantwortung der Hochschulen stärken und einen Schweizerischen Hochschulrat gründen.

Unter der Federführung des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats (SWTR) haben Persönlichkeiten aus dem Schweizer Wissenschafts- und Hochschulbereich kürzlich ihren Vorschlag zu einer Reform des Hochschulsystems veröffentlicht. Drei Aspekte werden thematisiert: die Autonomie der Institutionen, die Finanzierungsprinzipien sowie Kooperation und Koordination.

Hochschulen mit Profil

Jede Hochschule (ETH, kantonale Universität, Fachhochschule) sollte «grundsätzlich» autonom sein. Diese Autonomie sollte jedoch «durch einen Leistungsauftrag» begrenzt werden. Jede Hochschule sollte ihr eigenes Profil gestalten und mit anderen Hochschulen in Lehre und Forschung kooperieren oder konkurrieren. Sie kann Investitionen tätigen und sich mit anderen Hochschulen zusammenschliessen. Profilbildung muss auch regionalen Verpflichtungen gerecht werden. Zur effizienten Steuerung sollten der akademischen Leitung (Rektor und Dekan) ausreichend Kompetenz und Handlungsspielraum zugestanden werden.

Drei Finanzierungsprinzipien

Den Kern der Neuorganisation bilden voraussichtlich die Finanzierungsprinzipien. Leistungsindikatoren (Studierendenzahlen, Diplome, Doktorate, Qualität von Lehre und Forschung usw.) wären ausschlaggebend für die Verteilung der Mittel an die Hochschulen. Die Drittmittelbeiträge sollten einen Overhead erhalten, der zur Erhaltung und Verbesserung der Forschungsinfrastruktur verwendet wird. Schliesslich sollten die Bildungsinstitutionen dank der langfristigen, mindestens vier Jahre dauernden Finanzierung effiziente Strategien festlegen können.

Ein unabhängiger Schweizerischer Hochschulrat

Autonome, miteinander konkurrierende Hochschulen sollten Kooperations- und Koordinationsmöglichkeiten weitgehend selbst wahrnehmen, sieht die Arbeitsgruppe in ihrem Vorschlag vor. Aber wo diese von den einzelnen Hochschulen nicht wahrgenommen werden können, sollte der zukünftige unabhängige Schweizerische Hochschulrat Unterstützung und Beratung bieten.

Der Schweizerische Hochschulrat sollte aus etwa zehn prominenten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Öffentlichkeit zusammengesetzt werden, die keine Eigeninteressen mit dem schweizerischen Bildungs- und Wissenschaftsbereich verbindet. Zu seinen Hauptaufgaben würden gehören:

- Sicherstellung der Qualitätskontrolle im Einklang mit den international anerkannten Standards
- Festlegung der Kriterien zur leistungsbezogenen Hochschulfinanzierung

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von «Stärkung der Eigenverantwortung»)

- Entwicklung von Strategien und Monitoring des Systems einschliesslich langfristiger akademischer Strategien und der Möglichkeit, Departemente oder Institute zu gründen, zusammenzulegen oder zu schliessen
- Schiedsfunktion zwischen verschiedenen Institutionen
- Formulierung der Anliegen und der Perspektiven des Schweizerischen Hochschulwesens.

Zur Arbeitsgruppe, die den Reformvorschlag ausgearbeitet hat, gehören führende Köpfe der wichtigsten wissenschaftspolitischen Institutionen: SWTR, Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Eidgenössische Fachhochschulkommission und Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz, Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien und ETH-Rat.

Weitere Informationen:

www.swtr.ch/swtr_ger/pdf/StaerkungEigenverantwortung.pdf

■ Wissenschaftspolitik

Hin zu neuen Gesetzesgrundlagen für die schweizerischen Hochschulen

Die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) organisiert am 13. Juni 2003 um 15.30 Uhr im Hörsaal 120 der Universität Bern (Hochschulstrasse 4) eine öffentliche Debatte zum Thema «Bilanz der schweizerischen Wissenschaftspolitik in den Jahren 2000–2003 unter der Perspektive der neuen Gesetzesgrundlagen im Hochschulbereich». Zu den Teilnehmenden an diesem Anlass gehören Hans Widmer, Vizepräsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrats, Beat Volanthen, Vizedirektor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung (GWF), Nivardo Ischi, Generalsekretär der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK), Ulrich Gäbler, Vizepräsident der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz (SHRK), Catherine Nissen-Druey, Vizepräsidentin des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats (SWTR) und Ulrich Zimmerli der SAGW.

Die Referenten werden Bilanz ziehen und ihre Erwartungen rund um drei Hauptthemen vorstellen: Kooperation/Koordination und Konkurrenz, Verteilung der Kompetenzen und der Entscheidungsbefugnis, Finanzierung der Hochschulen.

Informationen zum Programm:

www.sagw.ch («Agenda»)

■ Economiesuisse

Keine Abstriche in den Kernbereichen von Bildung und Forschung

Der Verband der Schweizer Unternehmen *economiesuisse* hat in einer Stellungnahme Ende April 2003 empfohlen, keine weiteren finanziellen Abstriche im Kernbereich von Bildung, Forschung und Technologie vorzunehmen. Dazu gehören ETH, universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Kommission für Technologie und Innovation und Institutionen für experimentelle und angewandte Forschung.

Allerdings erachtet *economiesuisse* eine bessere Handhabung der öffentlichen Ausgaben für notwendig und schlägt deswegen mögliche Sparmassnahmen vor. Der Verband betont, dass der Schweizer Wissenschafts- und Technologierat Sparmassnahmen bis zu 38 Mio. Franken

vorgeschlagen hatte. *Economiesuisse* jedoch hält Einsparungen von 615 Mio. für die Jahre 2004–2007 für möglich, nämlich erstens bei der Ressortforschung der verschiedenen Bundesämter, aber auch bei der Unterstützung von internationalen Forschungsorganisationen und -programmen sowie bei nationalen Forschungsprogrammen.

Economiesuisse schliesst ihre Vorschläge mit folgender Feststellung ab: «Da der Anteil des Staates an den gesamten F&E-Aufwendungen in den 90er-Jahren von 28,4 auf 23,2 Prozent (Jahr 2000) gesunken ist, womit die Schweiz unter den wichtigen Industrieländern eine Ausnahme bildet, geht es heute darum, das staatliche Engagement in den Kernbereichen von Bildung, Forschung und Technologie hochzuhalten. Nur so besteht Aussicht, dass unser Bildungs- und Forschungssystem ein wachstumsrelevanter Faktor bleibt und Chancen hat, international als Leuchtturm wahrgenommen zu werden.»

Weitere Informationen:

www.economiesuisse.ch (29.4.03; Jahresmedienkonferenz, Bildung, Forschung und Technologie (BFT) – Bausteine für die Zukunftssicherung)

■ Fachhochschulen

Teilrevision des Gesetzes

Das Fachhochschulgesetz (FHSG) ist in Teilrevision und die Vernehmlassung abgeschlossen. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) ist daran, die Vernehmlassungsergebnisse auszuwerten, bevor die Revision als Botschaft Ende 2003 bis Anfang 2004 an das Parlament geht.

Die Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) unterstützt die Revision, auch wenn sie nur einen Zwischenschritt in der Ausarbeitung eines eidgenössischen Rahmengesetzes über die Hochschulen darstellt, das für das Jahr 2008 angestrebt wird. Die KFH hält trotzdem an dieser Revision fest, welche die Fachhochschulen der Bereiche «Gesundheit, Soziales und Kunst» ins Gesetz integrieren soll. Zudem geht es darum, den Fachhochschulen zu ermöglichen, sich der Struktur des Bildungssystems, wie es von der Bologna-Deklaration vorgesehen ist, anzupassen und sie im Vergleich zu den anderen Hochschulinstitutionen in der Schweiz und in Europa nicht zu benachteiligen.

Andere Instanzen, vor allem die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), sind gegen diese Änderung, weil der Bund nicht in der Lage wäre, die daraus resultierenden Kosten zu tragen. Zusätzlich wäre der finanzielle Beitrag des Bundes von einem Drittel nicht mehr gewährleistet. Allerdings kann festgestellt werden, dass die KFH an der Teilrevision festhält, obwohl ihr die finanziellen Schwierigkeiten des Bundes bekannt sind.

Weitere Informationen:

www.bbt.admin.ch/fachhoch/d/index.htm

Fredy Sidler, Generalsekretär der Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz, fredy.sidler@kfh.ch

■ Bildung-Forschung-Technologie

Der Nationalrat anerkennt die nationale Bedeutung

Anlässlich der Sondersession im Mai 2003 hat der Nationalrat beschlossen, das Ausgabenwachstum von 6 Prozent für Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004–2007 beizubehalten. Damit hält er, in Übereinstimmung mit der im Juni 2002 von 150 Nationalräten verabschiedeten Motion, an der nationalen Vorrangigkeit dieses Bereichs fest.

Der Bundesrat hatte im November 2002 entschieden, dem Bereich Bildung, Forschung und Technologie für die Jahre 2004–2007 gesamthaft 17,3 Mrd. Franken (+ 6 Prozent) zuzusprechen. Angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes hat er das vorgesehene Wachstum auf 5 Prozent, dann auf 4 Prozent gekürzt. Dieser Reduktion schenkte der Nationalrat kein Gehör. Mit 80 zu 76 Stimmen und zwei Enthaltungen hat er die Motion einer Minderheit seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK), eingereicht von Anita Fetz (SP/BS), angenommen. Die Motion verlangt, dass die BFT-Ausgaben von der Kreditsperre und den Kürzungen im Rahmen des Sparmassnahmenprogramms ausgeklammert werden.

Auch die Motion der Kommission, die für eine jährliche Aufstockung von 5 Prozent warb, ist mit 95 zu 48 Stimmen gutgeheissen worden. Die grosse Kammer hat den Fachhochschulen (FH) zu Lasten des Programms «Innovation und Valorisierung des Wissens» zusätzlich 16 Mio. Franken für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst zugesprochen.

Die BFT-Botschaft wird während der Junisession im Ständerat diskutiert werden. Allerdings muss die Gesamtsumme des eingesetzten Kredits noch von der Finanzkommission verabschiedet werden und schliesslich mit dem Jahresbudget vereinbar sein.

■ *Avenir Suisse*

Ein Innovationsmarkt zur Ankurbelung der sozioökonomischen Entwicklung

Die Schweizer Innovationspolitik braucht eine neue Ausrichtung. Das behauptet die Stiftung Avenir Suisse und schlägt neun Thesen vor, damit wissenschaftliche Leistungen vermehrt zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Der wirtschaftsnahe Think Tank *Avenir Suisse* hat vor kurzem die Studie «Ein Innovationsmarkt für Wissen und Technologie» veröffentlicht. Sie bietet einen guten Überblick über die Problematik, analysiert den Ist-Zustand in den Bereichen Wissenschaft, Innovation und Wirtschaft und gibt Empfehlungen ab.

Stark in der Wissenschaft, schwach in der Innovation

Die Autoren stellen fest, dass hierzulande Wirtschaftswachstum fast nur noch über die Steigerung der Produktivität erzielt werden kann. Motor dafür sei die technologische Innovation. Sie stellen fest, dass die wissenschaftlichen Leistungen zwar ausgezeichnet sind, die Schweiz aber wirtschaftlich stagniert.

Das hohe wissenschaftliche Niveau – gemäss den Autoren unter anderem durch den Weltruf der beiden ETHs sowie den Zitationsindex bewiesen – finde keinen Niederschlag in der Produktivität. Tatsächlich scheinen einige Indikatoren darauf hinzuweisen, dass die Umlagerung des Wissens von den Universitäten in die Schaffung von Gütern und Arbeitsplätzen unter den Erwartungen liegt. *Avenir Suisse* schlägt deshalb ein neues Projekt für einen Innovationsmarkt vor, dessen Gerüst die neun Thesen und Empfehlungen bilden.

Weitere Informationen:

www.avenir-suisse.ch/uploads/media/innovationsmarkt.pdf

SMS

■ Neuer Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz

An ihrer Sitzung vom 10. April 2003 hat die SUK den Berner Erziehungsdirektor Mario Annoni zu ihrem neuen Präsidenten mit Amtsantritt am 1. Mai 2003 gewählt. Er wird dieses Amt für das verbleibende Jahr und für das Jahr 2004 versehen.

Der Jurist und FDP-Politiker Mario Annoni wurde 1990 in den Berner Regierungsrat gewählt. Nach acht Jahren als Vorsteher der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion übernahm er im Jahr 1998 die Leitung der Erziehungsdirektion und ist seither Mitglied der SUK.

Weitere Informationen:

[Dr. Nivardo Ischi, *cus@cus.ch*](mailto:Dr.Nivardo.Ischi_cus@cus.ch)

■ Medizinstudium: Eignungstest 2003

Um die Qualität der medizinischen Ausbildung zu wahren, empfiehlt die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), den Zugang zum Studium der Human- und der Veterinärmedizin an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich für das Studienjahr 2003/04 erneut zu beschränken. Am 4. Juli 2003 wird daher für die Studienbewerberinnen und -bewerber ein Eignungstest in deutscher, französischer und italienischer Sprache durchgeführt. In der Zahnmedizin steht weiterhin eine ausreichende Zahl von Studienplätzen zur Verfügung.

Weitere Informationen:

www.cus.ch/De/D_Aktuell/D_Aktuell_News/Aktuell_News2.html

■ Gentechnik im Schweizer Recht

Die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften (SANW) hat ein Faltblatt herausgegeben, das einen Überblick über die verschiedenen Gesetze im heutigen Umgang mit der Gentechnik verschafft.

Die kostenlosen, in deutscher und französischer Sprache erhältlichen Faltblätter «Gentechnik im Schweizer Recht» können beim Generalsekretariat der SANW unter folgender Adresse bestellt werden:

www.sanw.ch/root/focal/genforum.html.

■ Die Theologischen Fakultäten der Westschweiz schliessen sich zu einem Verbund zusammen

Die Universitäten Genf, Lausanne und Neuenburg wollen im Rahmen des «Triangle Azur» enger zusammenzuarbeiten. Der Rat der Rektoren hat am 14. Februar 2003 den Bericht der Professoren Eric Junod, Pierre-Luigi Dubied und Jean-Daniel Macchi über die Reorganisation der Lehre der Theologie genehmigt. Die Rektoren schlagen einen Verbund der drei Theologischen Fakultäten vor, der ab Wintersemester 2004/05 die Weiterführung der Studiengänge nach einem neuen Programm und gemäss der Bologna-Deklaration übernimmt. Der Verbund wird ohne Abstriche am Gesamtbudget gebildet. Die drei Universitäten setzen auf Differenzierung, um sich bestmöglich zu ergänzen und eine vielseitige Ausbildung sowie gemeinsame Abschlüsse anzubieten.

Weitere Informationen:

[Manuela Vanno, *Vanno@presse.unige.ch*](mailto:Manuela.Vanno_Vanno@presse.unige.ch)

Impressum

Netzwerk *Future*

Thunstrasse 7, 3005 Bern

Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50

info@futureteam.info

© Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

Editorial

N'hypothéquons pas notre avenir!

Avec son Message sur la formation, la recherche et la technologie (FRT 2004–2007), le Conseil fédéral a présenté l'un des projets les plus porteurs d'avenir. La formation et la recherche ne représentent pas seulement des ressources essentielles, elles sont également synonymes de développement pour notre pays, de création d'emplois et d'innovation. Sans bon système de formation, pas de développement durable.

Il n'est pas rare que le Conseil fédéral rappelle l'importance de la formation et de la recherche. Et pourtant, il veut réaliser des économies dans ce domaine-là aussi. Cela n'est pas cohérent! En effet, la situation dans les hautes écoles est là pour en témoigner: non seulement les mauvaises conditions d'encadrement, avec parfois jusqu'à 150 étudiants pour un professeur, le manque de place et la coordination défailante entre les différents instituts, mais aussi le nombre croissant d'étudiants ne permettent d'envisager ni les restrictions budgétaires, ni le gel des fonds. Mettre un frein aux dettes en réduisant les moyens dont nous avons tant besoin pour l'avenir, c'est raisonner à court terme. Les groupes progressistes au Conseil national se sont prononcés à une petite majorité pour plus de moyens alloués à l'enseignement supérieur. C'est bon signe! De toute évidence, une majorité des parlementaires ont reconnu l'importance de la formation et la nécessité d'y consacrer plus de moyens. Mais c'est la politique financière qui détermine les grands axes de l'action de l'Etat. Lors de la répartition du budget, les Chambres fédérales devront donc montrer clairement les objectifs qu'elles considèrent comme prioritaires. Au vu du soutien accordé au Message sur la formation, j'espère que le Conseil des Etats consentira à débloquer les sommes dont l'enseignement supérieur a un besoin criant.

*Ruth Genner, conseillère nationale
membre Team Future*

■ Autodétermination accrue

Une formule d'avenir pour l'enseignement supérieur suisse?

Onze présidents des principaux organes de politique de la science proposent davantage d'autodétermination pour les hautes écoles et la création d'un Conseil suisse de l'enseignement supérieur.

Des personnalités scientifiques et universitaires de Suisse viennent de faire connaître, sous l'égide du Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST), leur vision pour une réforme de l'organisation de l'enseignement supérieur. Trois aspects sont abordés: l'autonomie des institutions, les principes de financement, la coopération et la coordination.

Des hautes écoles profilées

Chaque établissement d'enseignement supérieur (EPF, université cantonale, haute école spécialisée) devrait «en principe» être autonome. Cette autonomie serait «limitée par un mandat de prestations». Chaque établissement d'enseignement supérieur choisirait son profil distinct, coopérerait avec les autres ou le concurrencerait dans le domaine de l'enseignement et de la recherche et déciderait de ses investissements et des fusions auxquels il souhaite procéder. Le profil choisi tiendrait obligatoirement compte de ses obligations régionales. Chaque institution définirait un profil spécifique. Enfin, pour une gestion efficace, la direction (recteur, doyen) devrait disposer d'une marge de manœuvre étendue et de compétences suffisantes.

Trois principes de financement

Le point central de la nouvelle organisation réside peut-être dans les principes de financement. Toutes les hautes écoles disposeraient de moyens financiers attribués en fonction d'indicateurs de performance (nombre d'étudiants, de diplômes, de doctorats, qualité de l'enseignement et de la recherche, etc.). Les frais généraux seraient couverts par des fonds extérieurs. Il s'agit en l'occurrence de permettre aux hautes écoles le financement des coûts indirects des projets de recherche (exploitation, locaux, infrastructures techniques et informatiques). Enfin, les établissements d'enseignement devraient pouvoir assumer une stratégie efficace en matière de formation et de recherche grâce à un financement axé sur le long terme, au minimum quatre ans.

Un Conseil suisse de l'enseignement supérieur

La proposition du Groupe de travail prévoit que «des établissements d'enseignement supérieur autonomes en situation de concurrence devraient dans une large mesure mettre à profit par eux-mêmes les possibilités de coordination et de collaboration». Mais, «lorsque cela ne leur est pas possible», le futur Conseil suisse de l'enseignement supérieur indépendant serait censé intervenir dans un rôle consultatif et d'assistance.

Quant au Conseil suisse de l'enseignement supérieur, il serait composé «d'une dizaine de personnalités éminentes issues des milieux de la science, de la culture, de l'économie et de la société civile» n'ayant aucun intérêt direct avec le domaine de la formation et de la science suisses. Il aurait notamment pour missions:

- le contrôle de qualité en conformité avec les normes reconnues à l'échelon international;

(Suite en page 2)

(Suite «Enseignement supérieur suisse»)

- la détermination des critères de financement liés à un mandat de prestations;
- la préparation de stratégies et de surveillance du système incluant des perspectives académiques à long terme ainsi que la possibilité de proposer la création, la fusion ou la fermeture de départements ou d'instituts;
- l'arbitrage entre les divers établissements;
- l'information sur les besoins et les perspectives de l'enseignement supérieur suisse.

Ce Conseil suisse de l'enseignement supérieur aurait notamment comme missions la détermination des critères de financement, la préparation des stratégies et la surveillance du système (y compris les propositions de création, fusion ou fermeture de départements ou d'instituts), la vérification de la conformité des systèmes d'assurance-qualité des institutions, la médiation et l'arbitrage entre institutions, ainsi que l'information sur les besoins et perspectives de l'enseignement supérieur suisse.

Précisons que le Groupe de réflexion est composé de personnalités à la tête des principaux organes de politique de la science: le CSST, la Conférence des recteurs, la Commission fédérale et la Conférence des directeurs des HES, la Conférence des académies scientifiques suisses et le Conseil des EPF.

Informations complémentaires:

www.swtr.ch/swtr_fr/pdf/StaerkungEigenverantwortung_f.pdf

■ Politique scientifique

Vers une nouvelle base légale pour les hautes écoles suisses

L'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) organise le 13 juin 2003, à 15h30, dans la salle 120 de l'Université de Berne (Hochschulstrasse 4) une conférence-débat publique sur le thème «Un bilan de la politique scientifique suisse 2000–2003 dans la perspective des nouvelles bases légales pour les hautes écoles». La manifestation verra la participation de Hans Widmer, vice-président de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC) du Conseil national, Beat Vonlanthen, vice-directeur du Groupement de la science et de la recherche (GSR), Nivardo Ischi, secrétaire général de la Conférence universitaire suisse (CUS), Ulrich Gäbler, vice-président de la Conférence des Recteurs des Universités Suisses (CRUS), Catherine Nissen-Druey, vice-présidente du Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST) et Ulrich Zimmerli de l'ASSH.

Les intervenants établiront un bilan et présenteront leurs attentes autour de trois thèmes majeurs: coopération-coordination et concurrence; répartition des compétences et du pouvoir décisionnel; financement des hautes écoles.

Le programme est disponible à l'adresse suivante:

www.sagw.ch («Agenda»)

■ Economiesuisse

Sauvegarder les éléments vitaux de la formation et de la recherche

Dans sa prise de position fin avril 2003, l'organisation faitière *economiesuisse* recommande, si possible, de ne pas opérer de coupes financières dans le cœur même du système Formation-Recherche-Technologie (les EPF, les universités, les hautes écoles spécialisées, le Fonds national de la recherche scientifique, la Commission pour la technologie et l'innova-

tion ainsi que des institutions de recherche expérimentale et appliquée).

Mais comme *economiesuisse* estime nécessaire une plus grande maîtrise des dépenses publiques, elle suggère des économies possibles. Après avoir rappelé que le Conseil suisse de la science et de la technologie avait proposé des mesures atteignant 38 millions de francs, *economiesuisse* estime que pour la période 2004–2007, on pourrait économiser 615 millions, d'abord dans la recherche sectorielle des différents offices fédéraux, et ensuite dans le soutien à des organisations et programmes internationaux de recherche ainsi que dans les programmes nationaux de recherche.

Et *economiesuisse* termine ses propositions par l'affirmation suivante: «La part de l'Etat dans l'ensemble des dépenses R&D a diminué dans les années 90 et est passée de 28,4 à 23,2 % (année 2000), ce qui fait de la Suisse une exception parmi les pays industrialisés de premier plan. Il est par conséquent indispensable, à l'heure actuelle, de maintenir l'engagement de l'Etat dans les domaines clés que sont la formation, la recherche et la technologie. Il n'y a pas d'autre solution si nous voulons que notre système de formation et de recherche reste un facteur de croissance décisif et qu'il occupe une position phare sur le plan international.»

Informations complémentaires: www.economiesuisse.ch

(exposé, 29.04.2003: Conférence annuelle d'*economiesuisse*:

La formation, la recherche et la technologie: piliers d'avenir)

■ Hautes écoles spécialisées

Révision partielle de la LHES

Une révision partielle de la loi sur les hautes écoles spécialisées (LHES) est en cours. La procédure de consultation est terminée et une synthèse de l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT) est en préparation avant la publication du message destiné au Parlement fin 2003 – début 2004.

La Conférence suisse des HES (CSHES) s'est prononcée en faveur de cette révision même si elle ne constitue qu'une étape intermédiaire dans l'élaboration d'une loi-cadre fédérale sur les hautes écoles à l'horizon 2008. La CSHES tient cependant à cette révision qui devrait intégrer les domaines de la santé, du social et des arts (SSA) dans le champ d'application de la LHES. De plus, il s'agit de permettre aux HES de s'adapter à la structure du système de formation prévu par la Déclaration de Bologne et de ne pas les pénaliser par rapport aux autres établissements d'enseignement supérieur en Suisse et en Europe.

D'autres instances, notamment la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), ne sont pas d'accord avec ce changement car, selon elles, la Confédération ne serait pas en mesure d'assumer les charges financières qui en découleraient; par ailleurs, la part du financement fédéral ne serait plus garantie à hauteur d'un tiers comme c'est le cas actuellement. Il faut préciser que la CSHES reconnaît les difficultés financières de la Confédération mais reste toutefois favorable à une révision partielle de la loi.

Informations complémentaires: www.bbt.admin.ch/fachhoch/f/index.htm

Fredy Sidler, secrétaire général de la Conférence suisse des HES, fredy.sidler@kfh.ch

■ Formation-Recherche-Technologie

Une priorité nationale reconnue par le Conseil national

Le Conseil national a décidé lors de la session extraordinaire de mai 2003 de maintenir à 6 % la hausse annuelle des crédits pour la formation, la

recherche et la technologie pour la période 2004–2007. Il a ainsi maintenu ce domaine comme une priorité nationale en conformité avec la motion votée en juin 2002 par 150 conseillers nationaux.

Le gouvernement avait proposé en novembre d'attribuer au total 17,3 milliards de francs (+ 6 %) au secteur de la formation, de la recherche et de la technologie (FRT) pour les années 2004 à 2007. Mais en raison de la mauvaise situation financière de la Confédération, il a réduit ses ambitions, abaissant d'abord la hausse prévue à 5 %, puis à 4 %. Le Conseil national ne l'a pas entendu de cette oreille. Par 80 voix contre 76 et 2 abstentions, il a donné suite à une motion de la minorité de sa commission Science-Education-Culture (SEC) emmenée par Anita Fetz (PS/BS). Elle demandait que les dépenses pour la FRT soient exonérées du blocage des crédits et de coupes dans le cadre du programme d'assainissement des finances.

La motion de la commission prônant une augmentation de 5 % par an a aussi été acceptée, par 95 voix contre 48. La Chambre du peuple a accordé 16 millions de plus pour les filières de la santé, du social et des arts des hautes écoles spécialisées (HES), au détriment du programme «Innovation et valorisation du savoir».

Le Message FRT doit encore être discuté par le Conseil des Etats durant sa session de juin. Mais l'ensemble de ce crédit d'engagement devra aussi passer par le cap des commissions des finances et finalement du budget annuel.

■ **Avenir Suisse**

Le marché de l'innovation pour doper le développement socio-économique

Il faut une nouvelle orientation de la politique de l'innovation pour notre pays. Cette affirmation émane d'Avenir Suisse, qui propose neuf thèses pour que la performance scientifique contribue davantage à la croissance économique.

Avenir Suisse – une fondation tournée vers la réflexion, ou ce que les Anglo-Saxons appellent un think tank – vient de publier une étude intitulée «Vers un marché de l'innovation». Elle offre une approche directe incluant des constats, une analyse de l'état actuel dans les domaines de la science, de l'innovation et de l'économie et enfin des recommandations.

Haut niveau scientifique, mais manque d'innovation

Les auteurs constatent que le potentiel économique de la Suisse est pratiquement épuisé de telle façon que la croissance économique ne peut venir que de gains en productivité et en innovation. Ils constatent que nous disposons d'excellentes performances scientifiques mais que malgré tout le pays stagne économiquement.

Le remarquable haut niveau scientifique prouvé notamment, selon les auteurs – par les rangs élevés des deux EPF dans la hiérarchie mondiale et par l'index des publications scientifiques – ne se retrouve pas dans la productivité. En effet, certains indicateurs conduisent à la conclusion que la transformation du savoir universitaire en création de biens et d'emplois reste inférieure aux attentes. Et Avenir Suisse de proposer de développer un nouveau projet de marché pour l'innovation. Les thèses et recommandations en sont l'esquisse.

Informations complémentaires:
www.avenirsuisse.ch/download.php?id=863

SMS

■ **Nouveau président de la Conférence universitaire suisse**

Lors de sa séance du 10 avril, la CUS a choisi le directeur de l'instruction publique bernoise, Mario Annoni, comme nouveau président. Il entrera en fonction le 1er mai et présidera la CUS jusqu'à fin 2004.

Juriste de formation, le radical Mario Annoni a été élu au Conseil exécutif bernois en 1990. Il a été pendant huit ans à la tête de la Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques pour prendre ensuite la direction de l'instruction publique en 1998 et devenir à ce titre membre de la CUS.

Informations complémentaires:
Dr Nivardo Ischi, cus@cus.ch

■ **Test d'aptitudes 2003 pour les études de médecine**

Afin de maintenir la qualité de la formation médicale, la Conférence universitaire suisse (CUS) recommande à nouveau de limiter pour l'année d'études 2003/04 l'accès aux études de médecine humaine et vétérinaire dans les Universités de Bâle, Berne, Fribourg et Zurich. Par conséquent, un test d'aptitudes réalisé en français, en allemand et en italien aura lieu le 4 juillet 2003 pour les candidats aux études. En médecine dentaire en revanche, le nombre de places d'études à disposition reste suffisant.

Informations complémentaires:
www.cus.ch/Fr/F_Aktuell/F_Aktuell_News/Aktuell_News2.html

■ **Le génie génétique dans le droit suisse**

L'Académie des sciences naturelles (ASSN) a publié un dépliant qui donne un aperçu des différentes lois qui réglementent aujourd'hui l'utilisation du génie génétique.

Les dépliants «génie génétique dans le droit suisse» en français et en allemand peuvent être commandés gratuitement auprès du secrétariat général de l'ASSN à l'adresse suivante: www.assn.ch/root/focal/genforum.html.

■ **L'enseignement de la théologie romande se structure au sein d'une fédération**

Les Universités de Genève, Lausanne et Neuchâtel ont décidé de resserrer leur collaboration dans le cadre du Triangle Azur. Le Conseil des rectorats a approuvé, le 14 février 2003, le rapport sur la réorganisation de l'enseignement de la théologie des professeurs Eric Junod, Pierre-Luigi Dubied et de Jean-Daniel Macchi. Les recteurs proposent de mettre en place une fédération, formée des trois facultés de théologie, qui assumera, dès la rentrée 2004, la conduite des études selon un programme rénové et conforme à la déclaration de Bologne. La constitution de cette fédération se fera sans diminution de l'enveloppe budgétaire globale. Les trois universités vont jouer la carte de la différenciation pour assurer leur complémentarité, et pouvoir offrir une formation diversifiée et décerner des grades communs.

Informations complémentaires:
Manuela Vanno, Vanno@presse.unige.ch

Impressum

Réseau Future
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Reprise autorisée avec mention de la source